

Überforderte das Thema die Regierung?

MENSTRUATION KANTONS RAT HASAN CANDAN LANCIERTE EINEN VORSTOSS ZU KOSTENLOSEN PERIODENARTIKELN

Der Kantonsrat diskutiert kommende Woche darüber, ob Tampons und Binden in kantonalen Einrichtungen zur Verfügung gestellt werden sollen.

Die Menstruation ist teuer. Durchschnittlich 2500 Franken zahlt jeder menstruierende Mensch für Tampons und Binden im Verlauf seines Lebens. Nicht mit eingerechnet sind Schmerzmittel, lindernde Tees, homöopathische Mittel oder je nachdem die Monatspille, die ebenfalls zur Schmerzlinderung eingesetzt werden kann.

In einer Motion beauftragte deshalb Kantonsrat Hasan Candan (SP) den Luzerner Regierungsrat, die Bereitstellung von Tampons und Binden auf den Toiletten öffentlicher Einrichtungen zu prüfen. «Wiederkehrende Kosten für Tampons und Binden sowie deren unverhältnismässig hohe Besteuerung bedeuten eine finanzielle Belastung, die von Mädchen und Frauen nicht immer getragen werden kann», heisst es in der Motion. Eine sogenannte Periodenarmut berge auch gesundheitliche Risiken. Wenn die Möglichkeit fehlt, Hygieneprodukte wie Tampons regelmässig zu wechseln, setzt sich der Gefahr des Toxischen Schocksyndroms aus. Eine durch Bakterien verursachte Infektion, die schlimmstenfalls zu einem Organ- und Kreislaufversagen führen kann.

Eine politische Aussage

Für Hasan Candan geht es in erster Linie nicht um Tampons und Binden. Für ihn ist die Gleichstellung das Hauptthema. «Wieso stellt man Toilettenpapier in öffentlichen Einrichtungen zur Verfügung, Tampons und Binden aber nicht? Obwohl beides



Die Instagram-Umfrage dieser Zeitung zeigte: 62 % befürworteten die kostenlose Abgabe von Tampons in öffentlichen Einrichtungen. 38 % sagten Nein (insgesamt 141 Stimmabgaben). FOTO PIXABAY

Grundbedarf ist. Das ist eine politische Aussage», so Candan. Aus diesem Grund hätten er sowie zehn Mitunterzeichnende den Vorstoss lanciert. Luzern ist nicht der erste Kanton, der sich mit der Bereitstellung von Hygieneartikeln befasst. Der Kanton Waadt hat bereits ein Pilotprojekt dazu gestartet, die Kantone Neuchâtel und Jura zogen nach. Am 30. März beantragte der Regierungsrat, das Postulat abzulehnen. In seiner Stellungnahme nennt er

drei Gegenargumente: Das Bereitstellen in kantonalen Einrichtungen einerseits, nicht aber in privaten und kommunalen Institutionen würde neue Ungleichheiten schaffen. Das heisst, Universitäten und Kantonsospitäler müssten diese zur Verfügung stellen, kommunale Schulen oder Gesundheitsinstitutionen jedoch nicht. Tampons kostenlos abzugeben stelle ausserdem einen Eingriff in die freie Marktwirtschaft dar. Der Kanton würde gratis abgeben,

was in anderen Kantonen vom Detailhandel zum Verkauf angeboten werde. Als dritten Punkt nennt der Regierungsrat ein technisches Problem. Der Aufwand, um alle Abgabestellen aufgefüllt zu halten, sei gross. Dies müsste aber Voraussetzung sein, da sich viele Menschen darauf verlassen.

Kantonsrat behandelt Vorstoss

Für Hasan Candan eine zwar enttäuschende, aber gar nicht so überra-

Tampons könnten bald günstiger werden

LUXUSSTEUER Laut Mehrwertsteuergesetz werden Güter des täglichen Bedarfs mit dem reduzierten Steuersatz von 2,5 % besteuert. Dazu gehören beispielsweise Wasser, Nahrung, Zeitungen und Pflanzen. Hygieneartikel wie Tampons und Binden werden wie Autos, Alkohol und Kleider mit dem Normalsatz von 7,7 % besteuert. Die Motion von Nationalrat Jacques-André Maire (SP) soll dies ändern. Diese fordert für Periodenartikel den reduzierten Steuersatz von 2,5 %. Der Bundesrat beantragte die Annahme der Motion. Derzeit wird diese noch im Parlament behandelt. **KUL**

sche Antwort. «Eigentlich hätten wir nichts anderes erwarten dürfen. Es sitzt keine Frau in der Regierung. Ich kann mir vorstellen, dass sie mit dem Thema überfordert waren.» Die Argumentation findet er schwach. Besonders das Argument mit dem Eingriff in die freie Marktwirtschaft. «Mit dem Toilettenpapier greift man bereits in den Markt ein. Indem man entscheidet, von wo man es bezieht.» In der kommenden Session vom 10. und 11. Mai wird der Vorstoss im Luzerner Kantonsrat behandelt. Hasan Candan rechnet sich trotz der Ablehnung des Regierungsrats Chancen aus. «Im Parlament hat es im Gegensatz zur Regierung Frauen. Deshalb habe ich das Gefühl, das es sicher eine angeregte Diskussion geben wird.» **LIVIA KURMANN**

Wer Kunst sehen will, muss unter Bänke schauen

SURSEE WETZ ERÖFFNET DAS 4. KUNSTHAUS SURSEE IN DER REFORMIERTEN KIRCHE – EINE HOMMAGE AN THOMKINS' KIRCHENFENSTER

Die reformierte Kirche Sursee wird für ein Jahr zum Kunsthaus. Künstler Wetz zeigt 120 Arbeiten von 41 Künstlerinnen und Künstlern, vor denen man auf die Knie gehen muss – hängen sie doch unter den Kirchenbänken.

Das erste Kunsthaus Sursee war in der Otto's-Filiale, das zweite im Rinderstall, das dritte in einem Schacht im Surseer

Wald – und das vierte befindet sich nun in der reformierten Kirche Sursee. Damit verneigt sich der Künstler Wetz vor André Thomkins, dem Schöpfer der weit über Sursee hinaus bekannten Glasfenster in diesem Gotteshaus. Zusammen mit Kunsthaus-Direktorin Lorena Heini und Ausstellungsmacherin Marlene Jost hängt Wetz 120 Arbeiten von 41 Künstlerinnen und Künstlern (darunter mit der Nummer 41 von Limann, einem ano-

nymen Künstler, den es gar nicht gibt) unter die Kirchenbänke.

Besucher liegen auf dem Boden

Wer diese Kunstwerke sehen will, muss auf die Knie gehen – oder eher unter der Kirchenbank auf dem Rücken liegen. Dabei kann man es sich auf Blumen-Kissen bequem machen. Mit dem Scannen eines oben auf der Bank angebrachten QR-Codes gibt es Interessantes über den

Künstler oder die Künstlerin und das Werk zu erfahren. Warum können die Besucher die Kunstwerke nicht an der Wand betrachten, wie es in einem «normalen» Museum üblich ist? «Ich wollte neben den wunderbaren Glasfenstern von Thomkins nicht mit weiteren Bildern in den Kirchenraum eingreifen. Zudem lieben es nicht nur die Kinder, etwas, das versteckt ist, zu entdecken», erklärt Wetz.

Rahmenprogramm geplant

Geöffnet ist das Kunsthaus Sursee Nr. 4 ab Donnerstag, 6. Mai, bis am 7. Mai 2022 von Montag bis Freitag zwischen 8 und 18 Uhr (ausser während Taufen, Beerdigungen usw.) sowie sonntags von 13 bis 18 Uhr. Es ist für maximal 15 Personen zugänglich. Geplant sind diverse Rahmenveranstaltungen, so unter anderem ein Abend mit «Trompeter Schärli». **DANIEL ZUMBÜHL**



Künstler Wetz, Lorena Heini, Direktorin Kunsthaus Sursee, Pfarrer Ulrich Walther und Marlene Jost, Ausstellungsmacherin Kunsthaus Sursee (v. l.), vor einem der berühmten Kirchenfenster von André Thomkins in der reformierten Kirche Sursee. FOTO DANIEL ZUMBÜHL

www.teuer-nutzlos-ungerecht.ch

Berggebiete schädigen?

Beat Künzli Bergbauer CO₂-Mehrkosten: 1'500.-

«Ich bin Bergbauer. Mein Betrieb liegt hoch oben. Dort habe ich leider keine Tramhaltestelle vor der Tür. Mit dem neuen CO₂-Gesetz wird das Benzin um 12 Rp./l teurer. Ebenso steigen die Diesel- und Heizölkosten. Das alles kostet mich 1'500 Fr. mehr im Jahr! Welche normal verdienende Familie soll sich diese Zusatzkosten leisten können?»

Teuer. Missratenes Nutzlos. CO₂-Gesetz Ungerecht. Nein

Unterstützen Sie unsere Kampagne!

Video anschauen:

linktr.ee/neinco2gesetz